

Schluß der Landtagsession am 20. Mai 1873.

Rede des Präsidenten des Staats-Ministeriums,
Feldmarschalls Grafen von Moos.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden
Häusern des Landtages!

Mit dem von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige be-
fohlenen Schluß des Landtages der Monarchie erreicht die
gegenwärtige Session ihr Ende.

Wir können auf dieselbe mit großer Genugthuung blicken.

Reich an mühsamer Arbeit, aber auch an werthvollen
Resultaten auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung nimmt sie
einen hervorragenden Platz in der Reihe der Sessionen des
Preussischen Landtages ein.

Die Reform der inneren Verwaltung, seit Jahren er-
strebt, aber durch tiefgehende Meinungskämpfe aufgehalten, ist
in ihrem ersten und grundlegenden Theile zum Abschlusse ge-
langt. Schon jetzt scheint sich die Erwartung zu erfüllen, daß
bei der Ausführung derselben die zuvor streitenden Kräfte
gemeinsam und patriotisch Hand anlegen werden, um das
Werk segensbringend für das Land zu gestalten.

Nicht minder lebhaft Kämpfe haben die Berathung der
wichtigen Gesetze begleitet, durch welche die Beziehungen des
Staats zu den großen Kirchengemeinschaften klarer und fester
als bisher geregelt worden sind; die Regierung Sr. Majestät
beharrt in dem festen Vertrauen, daß diese Gesetze den wahren
Frieden unter den Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse
fördern und die Kirche dahin führen werden, dem lauterem
Dienste des göttlichen Wortes allein ihre Kräfte zu weihen.

Dank der glücklichen Finanzlage des Staats und der Be-
reitwilligkeit der Häuser des Landtages ist durch den Staats-
haushalts-Stat den Bedürfnissen der Bevölkerung und der
Verwaltung nach allen Seiten hin reichere Befriedigung als
seither gewährt worden. Die Gesetze über die Umgestaltung
der Klassensteuer, die anderweite Regelung der Erbschaftssteuer
und die Aufhebung oder Ermäßigung gewisser Stempelabgaben
worden, neben einer beträchtlichen Erleichterung, namentlich der
weniger bemittelten Bevölkerungsschichten, eine gerechtere Ver-
theilung der Steuerlast sichern.

Durch die erhebliche Verbesserung der Lage der Staats-
beamten gewinnt die ersprießliche Entwicklung des Staats-
wesens eine erneute Bürgschaft.

Die von Ihnen der Staatsregierung ertheilte Ermächtigung
zur Ausführung einer umfassenden Erweiterung des Eisenbahn-
netzes wird dem in erfreulichem Aufschwunge begriffenen Ver-
kehrsleben und der Verteidigungsfähigkeit des Landes in allen
seinen Theilen zu Statten kommen.

Meine Herren! Die gegenwärtige Session ist voraussichtlich
die letzte einer Legislaturperiode, welche inmitten einer denkwürdigen,
für Preußen und Deutschland hochbedeutungsvollen
Zeit begann, und welcher es vorbehalten war, die reichen Er-
folge und Früchte jener Epoche auch für die besonderen Auf-
gaben der Preussischen Monarchie zu verwerthen. Wenn die
Arbeiten dieser Legislatur auf allen Gebieten der Gesetzgebung
einen erfolgreichen Verlauf gehabt haben, so ist dies vor Allem
dem Geiste des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen
Staatsregierung und Landesvertretung zu danken, welcher durch
die erhebenden Ereignisse jener gewaltigen Zeit mächtig belebt
und gestärkt worden ist.

Je erfreulicher die Früchte sind, welche das Walten dieses
Geistes in der nunmehr beendigten Legislaturperiode gebracht
hat, desto berechtigter ist die Hoffnung, daß das preussische Volk
bei den bevorstehenden Wahlen der künftigen Landesvertretung
sich von demselben patriotischen Sinne leiten lassen werde, von
dem Sinne fester und vertrauensvoller Gemeinschaft mit der Re-
gierung Sr. Majestät zur allseitigen Förderung des wahren
Wohls und Gedeihens unseres Vaterlandes.

Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers,
unseres Allergnädigsten Königs und Herrn, erkläre ich die Session
des Landtages der Monarchie für geschlossen.

Die letzte Landtagsession.

Die preussische Landtagsession, welche soeben geschlossen worden
ist, hat nicht bloß eine ungewöhnliche Dauer und überaus wichtige
Aufgaben, sondern auch einen wechselvollen und für das politische
Leben Preußens bedeutsamen Verlauf gehabt. Unter all' den denkwürdigen
Sessionen, welche zunächst beim Beginn unsers Verfassungs-
lebens, dann in den Konfliktsjahren, endlich in den letzten mannig-
fach bewegten Jahren stattgefunden haben, war keine reicher als diese
jüngste Session an tiefen politischen Erregungen, an spannenden Ent-
wickelungen und an allseitigen wirklichen Ergebnissen.

Die Session, welche als neue Session erst am 12. November v. J.
förmlich eröffnet wurde, ist doch dem politischen Zusammenhange
nach schon vom 21. Oktober an zu rechnen, wo die vorjährige, nur
vertagte Session mit der Absicht wieder aufgenommen wurde, daß sie
ohne Weiteres auch für das weitere parlamentarische Jahr gelten
sollte. Nach dem Scheitern der damaligen Hoffnung, die Reform der
Kreisordnung durch eine bloße Fortsetzung der Session zum Abschlusse
zu bringen, wurde sodann förmlich die neue Session berufen, deren
Beginn von einer tiefen Bewegung und Aufregung aller politischen
Kreise begleitet war.

Mit der großen Verwaltungsreform war zugleich die Stellung
des Herrenhauses zu der gesammten politischen Entwicklung in Frage
gekommen, und es handelte sich um eine durchgreifende Entscheidung
Behufs Sicherung der von der Regierung auf verschiedenen wichtigen
Gebieten der Gesetzgebung betretenen Bahnen.

Die Krisis, mit welcher die Session begann, wurde in der That
entscheidend und fruchtbringend nicht bloß für die Lösung der Kreis-
ordnungsfrage, sondern für den gesammten Verlauf der Session. In
beiden Häusern des Landtages befestigte sich von jenem Zeitpunkte
eine Parteibildung und Gruppierung, welche es der Staatsregierung
möglich machte, ihre weiteren bedeutsamen Aufgaben auf allen Ge-
bieten zuversichtlich und erfolgreich durchzuführen. Aus Mitgliedern
aller Parteien, von bewährten Konservativen bis zu Anhängern der
entschieden liberalen Parteien, bildete sich eine parlamentarische Mehr-
heit, welche immer bestimmter den Beruf erkannte und betätigte,
statt unfruchtbarer theoretischer Bestrebungen vor Allem den praktischen
Bedürfnissen des Staatswesens und seiner Entwicklung in Gemein-
schaft mit der Regierung Befriedigung zu gewähren.

So allein konnte es gelingen, zunächst auf dem kirchlichen Ge-
biete den dringenden Anforderungen des Staatsinteresses gerecht zu
werden. Gestützt auf eine feste parlamentarische Mehrheit, welche
entschlossen war, dem unmittelbaren Bedürfnisse des Vaterlandes alle
Parteiauffassungen auf jenem schwierigsten aller staatsrechtlichen Ge-
biete zum Opfer zu bringen, hat die Regierung die dem Zustande-
kommen der Gesetze von Schritt zu Schritt bereiteten Hemmnisse mit
ruhiger Zuversicht überwinden und zu dem Ziele gelangen können,
welches sie zur Sicherung des künftigen konfessionellen Friedens klar
bewußt ins Auge gefaßt hatte.

Dieselbe patriotische und praktisch-politische Richtung, von welcher
die große Mehrheit der Landesvertretung sich bei den erwähnten ge-
waltigen Kämpfen leiten ließ, hat sich nicht minder bei der Lösung
der mannigfachen finanziellen Aufgaben bewährt. In allen wichtigen
Beziehungen ist ohne erhebliche Schwierigkeit eine Verständigung
zwischen der Regierung und der Landesvertretung über die Art und
Weise erreicht worden, wie die Gunst unserer finanziellen Lage am
Angemessensten im Interesse der Gesamtheit des Volkes verwerthet
werden soll. Auch auf dem finanziellen Gebiete wird die letzte
Session vornehmlich durch die Verständigung über eine wichtige
Steuerreform einen Wendepunkt bezeichnen. Die Entschlüsse,
welche der Landtag noch in den letzten Tagen in Bezug auf sehr be-
langreiche finanzielle Vorlagen gefaßt hat, gaben Zeugnis von der
wesentlichen Uebereinstimmung und von dem großen Vertrauen,
welche auch in dieser Beziehung der Regierung gegenüber bestehen.

Dieses Vertrauen hat sich nicht minder bei Gelegenheit des be-
deutenden Zwischenfalls bewährt, welcher inmitten der Session un-
erwartet eine lebhaftere Aufregung in Bezug auf gewisse Schäden un-
seres Verkehrslebens hervorgerufen hatte. So tiefgehend die erste Er-
regung war, so fanden doch die Regierung und die Landesvertretung
in ihrem gegenseitigen, fest begründeten Vertrauen alsbald den Weg,
um aus der gegebenen Anregung den möglichsten Nutzen für die
Klämung und allseitige Sicherung der betreffenden Verkehrsinteressen
zu gewinnen, gleichzeitig aber unbegründete oder übertriebene Besorg-
nisse zu beseitigen. Die gemeinschaftlich geführte Untersuchung dürfte
schließlich volle Beruhigung darüber gewähren, daß die Schäden, um
die es sich handelt, unser Staats- und Volksleben bisher noch keines-
wegs in gefährdender Weise ergriffen haben, daß aber jedenfalls durch
die weitere Gesetzgebung und durch die Handhabung der Verwaltung
dem Vorschreiten des Uebels vorgebeugt werden soll.

Indem die Rede zum Schluß des Landtages mit Befriedigung
auf die Früchte hinweist, welche das vertrauensvolle Zusammenwirken
zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung in den letzten